

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Gemeindevertretung Strande

Sitzung am: 02. Juli 2009
Sitzungsort: Strande
Sitzungsraum: Yachthafen-Restaurant
Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr
Sitzungsende: 23.05 Uhr

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Der / Die Vorsitzende

Schriftführer/in

Stimmberechtigte Sitzungsteilnehmer/innen:

Name	Funktion	Bemerkungen
Udo Lüsebrink	Bürgermeister	
Dr. Holger Klink	Gemeindevertreter	
Dr. Peter Siemon	Gemeindevertreter	
Dr. med. Rudolf Förster	Gemeindevertreter	
Christoph Rodde	Gemeindevertreter	entschuldigt fehlend
Kay Thiele	Gemeindevertreter	
Claudia Sieg	Gemeindevertreterin	
Jörg Dunkel	Gemeindevertreter	entschuldigt fehlend
Christian Albrecht	Gemeindevertreter	
Jörn Clahsen	Gemeindevertreter	
Ulrich Raguse	Gemeindevertreter	
Anneliese Geise	Gemeindevertreterin	entschuldigt fehlend
Elisabeth Hansen	Gemeindevertreterin	

Nicht stimmberechtigte Sitzungsteilnehmer/innen:

Dirk Osbahr	Schriftführer	
-------------	---------------	--

Bürgermeister Lüsebrink eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Die Tagesordnung wird in der Fassung der Tischvorlage mit folgender Ergänzung beschlossen:
Der Tagesordnungspunkt 11 „Verlängerung des Betriebes auf Freisitzflächen“ wird aufgeteilt in TOP 11 a) „Öffnung Außenflächen“ und TOP 11 b) „Verfahren Antragstellung“.

Stimmenverhältnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Somit ergibt sich folgende Tagesordnung:

Verzeichnis der Tagesordnungspunkte

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift über die Gemeindevertretersitzung vom 2. April 2009
2. Mitteilungen des Bürgermeisters und der Ausschüsse
3. Einwohnerfragestunde
4. Fragestunde
5. Projekte Konjunkturpaket II
6. Aufstellung 4. Änderung F-Plan für das Grundstück „Stohler Landstr. 31, Marienfelde“
- Änderung der Bezeichnung für das Sondergebiet, Abstimmung zur weiteren Vorgehensweise
7. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 10 für das Gelände der ehemaligen Bundeswehrranlage in Alt Bülk, Stohler Landstraße 31 in Marienfelde
- Aufstellungsbeschluss
- Erteilung von Planungsaufträgen
- Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
- Frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping)
8. Antrag auf einmalige Zahlung von 1000,00 € für den Eintritt in die Segelkooperation mit der Schule am Ravensberg (team-8-Boote)
9. Anschaffung eines Strandreinigungsgerätes
- Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben
10. Genehmigung von APL für die Erstellung eines Strömungsgutachtens
11. Verlängerung des Betriebes auf Freisitzflächen
 - a) Öffnung Außenflächen
 - b) Verfahren Antragstellung
12. Maßnahmen zur Bereitstellung einer Breitbandinfrastrukturmaßnahme,
hier: Aufgabenverteilung auf die Ämter und Gründung einer Kommunalgesellschaft
13. Beschlussvorlage der Arbeitsgruppe z. Planung des Bülker Huk und des Promenadenbereiches
14. Grundsatzbeschluss zur Durchführung einer regelmäßigen Einwohnerversammlung
15. Aufstellung einer Außenbereichssatzung für den Ortsteil Marienfelde
- Aufstellungsbeschluss
- Erteilung eines Planungsauftrags
16. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

17. Städtebaulicher Vertrag
18. Grundstücksangelegenheit
19. Errichtung von Windmühlen

Öffentlicher Teil

Tagesordnungspunkt 1

Niederschrift über die Gemeindevertretersitzung vom 2. April 2009

Die Niederschrift vom 02. April 2009 wird unterzeichnet.

Tagesordnungspunkt 2

Mitteilungen des Bürgermeisters und der Ausschüsse

Die Mitteilungen des Bürgermeisters werden vorgetragen (siehe Anlage).

Die Ausschussvorsitzenden verweisen auf die weitere Tagesordnung.

Herr Osbahr stellt den Bericht des Leitenden Verwaltungsbeamten vor.

Tagesordnungspunkt 3

Einwohnerfragestunde

Herr Manz spricht das Thema Radfahren auf der Promenade an. Er fragt, ob nicht das Radfahren auf der Promenade untersagt werden könnte. Radfahrer und Fußgänger sollten getrennte Bahnen erhalten. GV Sieg erklärt, dass dieses im Rahmen der Promenadenüberplanung berücksichtigt wird. Derzeit sind keine Radfahrer zulässig.

Herr Teichmann ergänzt, dass eine erhebliche Portion Rücksicht durch die Radfahrer erforderlich ist.

Es wird nach den Schwarzbauten in Marienfelde durch Herrn Rannow gefragt. Dieses Verfahren schwebt momentan. Das Thema Außenbereichssatzung steht heute auf der Tagesordnung.

Tagesordnungspunkt 4

Fragestunde

Anfragen liegen nicht vor.

Tagesordnungspunkt 5

Projekte Konjunkturpaket II

Herr Osbahr berichtet, dass nur die Außenanlagen im Kindergarten mit 65.000 € gefördert werden. Die Maßnahme Strander Str. 2-4 fällt nicht in die Liste der geförderten Projekte.

Fragen werden von Herrn Osbahr beantwortet. Die Planungsmaßnahmen „Bülker Huk“ und Überplanung „Promenade“ sollen über die AktivRegion angemeldet werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach erneuter Rücksprache mit dem Regionalmanagement der AktivRegion und dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sehen beide ein Gesamtkonzept zur touristischen Entwicklung als Grundlage für die Förderung von Einzelmaßnahmen an. Dieses Gesamtkonzept sollte auch mit dem Tourismusreferat des WIMIN abgestimmt werden.

Daher hat eine derzeitige Antragstellung wenig Aussicht auf Erfolg.

Nach Absprache mit dem Bürgermeister wird eine Beantragung von Zuschussmitteln für o.g Einzelmaßnahmen bis zur Durchführung der Einwohnerversammlung und der erneuten Beratung in den Gremien zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung 4. Änderung F-Plan für das Grundstück „Stohler Landstr. 31, Marienfelde“

- Änderung der Bezeichnung für das Sondergebiet, Abstimmung zur weiteren Vorgehensweise

Frau Bahlmann stellt die Planung vor und erläutert die Zielsetzung. Die Vorlage 2009/50/012 wird entsprechend beschlossen.

„Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gelände der ehem. Bundeswehranlage in Alt Bülk, Stohler Landstr. 31, und die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt / mit folgenden Änderungen gebilligt:
2. Der Entwurf des Bauleitplanes mit der Begründung und den nach der Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen werden für die Dauer eines Monats nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, werden mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht; dabei ist darauf hinzuweisen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.
3. Die nach § 4 Absatz BauGB Beteiligten (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange) werden von der Auslegung benachrichtigt.
Des Weiteren werden die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zum Planentwurf und der Begründung eingeholt.“

Stimmenverhältnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 10 für das Gelände der ehemaligen Bundeswehranlage in Alt Bülk, Stohler Landstraße 31 in Marienfelde

- Aufstellungsbeschluss
- Erteilung von Planungsaufträgen
- Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
- Frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping)

Die Beschlussvorlage 2009/50/010 wird wie vorgelegt beschlossen in der Fassung der Niederschrift des Bauausschusses.

„Beschlussvorschlag:

- a) Für das Gelände der ehemaligen Bundeswehranlage in Alt Bülk, Stohler Landstr. 31 in Marienfelde, Gemarkung Altbülk, Flur 2, Fl.St. 147/7, wird der Bebauungsplan Nr. 10 der Gemeinde Strande aufgestellt.
- b) Nach Abschluss eines Städtebaulichen Vertrages mit dem Maßnahmenträger sowie nach Vorlage einer Vertragserfüllungsbürgschaft wird mit der Aufstellung des Bebauungsplanes das Büro Bahlmann & Goebel aus Eckernförde, für den landschaftspflegerischen Fachbeitrag das Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung Matthiesen & Schlegel aus Altenholz beauftragt.
- c) Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 10 wird die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB durchgeführt.
- d) Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Absatz 1 BauGB beteiligt (frühzeitig. Behördenbeteiligung/Scoping).
- e) Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.“

Stimmenverhältnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 8

Antrag auf einmalige Zahlung von 1000,00 € für den Eintritt in die Segelkooperation mit der Schule am Ravensberg (team-8-Boote)

Dem Antrag auf Beteiligung an der Segelkooperation mit der Schule am Ravensberg und der damit verbundenen einmaligen Beteiligung mit 1.000 € wird zugestimmt.

Stimmenverhältnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 9
Anschaffung eines Strandreinigungsgerätes
– Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben

Die Vorlage Nr. 2009/50/011 wird wie vorgelegt beschlossen.

„Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass überplanmäßige Ausgaben gemäß § 82 GO in Höhe von 5.800 € für die Anschaffung der Steinsammelmaschine (Strandreinigungsgerät) genehmigt werden. Die Deckung erfolgt über die Rücklage.“

Stimmenverhältnis: dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

Tagesordnungspunkt 10
Genehmigung von APL für die Erstellung eines Strömungsgutachtens

Herr Osbahr und GV Dr. Siemon stellen die Hintergründe vor. Fragen werden beantwortet. Die Vorlage 2009/50/009 wird beschlossen.

„Beschlussvorlage:

Die Gemeindevertretung beschließt für die Erstellung eines Strömungsgutachtens und die Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Verklappung von Baggergut aus dem Ausbau des Nord-Ostseekanals in der Ostsee überplanmäßig 3.500 € unter der Haushaltsstelle 0200.6550 als Anteil der Gemeinde bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt durch Rücklagenentnahme. Der Bürgermeister wird ermächtigt, einen Verteilungsschlüssel mit den anderen beteiligten Gemeinden auszuhandeln.“

Stimmenverhältnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 11
Verlängerung des Betriebes auf Freisitzflächen

a) Öffnung Außenflächen

Zur Verlängerung der Öffnungszeiten der Freisitzflächen wird über die Beschlussvorlage 2009/50/007 gesprochen. GV Sieg gibt dazu vorab eine Grundsatzelerläuterung aus den vergangenen Sitzungen und Beschlüssen auch der letzten Jahre. Der Bereich des Tourismus wird oft als defizitär dargestellt. Dieses ist laut GV Sieg so nicht korrekt. Inklusiv der Parkgebühren ergibt sich kein Defizit, sondern durchaus eine kleine positive Bilanz, die insgesamt auch die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner deutlich verbessert.

GV Hansen und GV Clahsen verlassen aus der Besorgnis der Befangenheit den Sitzungsraum.

GV Albrecht beantragt, am Freitag und Samstag in der Zeit vom 04.07. bis 31.08. die Öffnungszeiten auf Freisitzflächen bis 23:00 Uhr zu verlängern. Hierbei darf ein Geräuschmmissionswert von 50 db nicht überschritten werden. Alle nicht betroffenen Auflagen haben weiterhin Bestand.

Stimmenverhältnis: dafür: 6 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

b) Verfahren Antragstellung

entfällt

Tagesordnungspunkt 12

Maßnahmen zur Bereitstellung einer Breitbandinfrastrukturmaßnahme, hier: Aufgabenverteilung auf die Ämter und Gründung einer Kommunalgesellschaft

Herr Osbahr stellt anhand einer Präsentation das Projekt vor und beantwortet die Fragen der Gremienvertreter. Die Vorlage 2009/50/008 wird beschlossen. Die Präsentation soll per Mail an alle Gemeindevertreter versandt werden.

„Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung - in Fortführung ihres Beschlusses vom 02. April 2009 - beschließt: Vor dem Hintergrund der nicht erfolgreichen Markterkundung wird vom Privatwirtschaftlichen Modell Abstand genommen. Stattdessen soll das Kommunalmodell inkl. Leerrohrförderung weiterverfolgt werden, vgl. Beschlusspunkte 3 bis 5 des o.g. Beschlusses.

Die durch die Gemeindevertretungen bereits zur Verfügung gestellten Gesamtkosten bilden den Anteil der Ämter am Kommunalunternehmen. Aufgrund der fehlenden Marktgängigkeit des privatwirtschaftlichen Modells sowie der neuen Möglichkeiten im Rahmen des Pilotmodells Leerrohrförderung und die damit verbundene deutliche Erhöhung der Fördersumme soll ein gemeinsames Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechts durch die drei Ämter gegründet werden. Die Maßnahmen zur Bereitstellung einer Breitbandinfrastruktur werden gemäß § 5 Abs. 1 Amtsordnung auf die Ämter übertragen.“

Stimmenverhältnis: dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 2

Tagesordnungspunkt 13

Beschlussvorlage der Arbeitsgruppe z. Planung des Bülker Huk und des Promenadenbereiches

GV Dr. Förster stellt die Arbeit der Arbeitsgruppe dar. Er stellt klar, dass im Vorwege eine Planung erfolgen muss, bevor eine Anzeigenkampagne startet. Er erläutert, was der Ausschuss an Möglichkeiten ausgeschlossen und vorgeschlagen hat.

Der Beschluss erfolgt entsprechend des Vorschlages der Arbeitsgruppe mit der Ergänzung, dass vorab Gespräche mit dem Kreis und der Landesplanung geführt werden sollen und im Anschluss daran vor den Anzeigenschaltungen auch Gespräche mit den Naturschutzverbänden stattfinden sollen.

Stimmenverhältnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

GV Dr. Förster stellt den Teil für die Promenade vor.

Das Gebiet von der Hafeneinfahrt bis Höhe „Murmann“ wird neu überplant. Punkte wie Arbeitsgruppe. Für einen Planungswettbewerb sollen vier Planer eingeladen werden, denen jeweils 1.500 € bereit gestellt werden sollen. Es werden 6.000 € außerplanmäßig bereit gestellt und durch Rücklagenentnahme gedeckt.

Stimmenverhältnis: dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

Tagesordnungspunkt 14

Grundsatzbeschluss zur Durchführung einer regelmäßigen

Einwohnerversammlung

Über die Vorlage Nr. 2009/50/014 wird abgestimmt.

„Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, regelmäßig eine Woche vor den vierteljährlichen regulären Sitzungen der Gemeindevertretung eine Einwohnerversammlung durchzuführen. Als fester Tagesordnungspunkt soll aufgenommen werden: „Aussprache über die Themen der Gremien im jeweiligen Quartal“. Die Protokollführung soll durch die Mitglieder der Gemeindevertretung in Rotation erfolgen, wobei der Bürgermeister als Leiter der Einwohnerversammlung als Protokollführer entfällt.“

Stimmenverhältnis: dafür: 2 dagegen: 7 Enthaltungen: 1

GV Albrecht beantragt, dass die Geschäftsordnung dahingehend verändert wird, dass vor jedem Tagesordnungspunkt eine Einwohnerfragestunde stattfindet. Die SPD-Fraktion und FDP-Fraktion unterstützen den Antrag.

Stimmenverhältnis: dafür: 4 dagegen: 6 Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung einer Außenbereichssatzung für den Ortsteil Marienfelde

- Aufstellungsbeschluss

- Erteilung eines Planungsauftrags

Der Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 7 beraten.

Die Vorlage Nr. 2009/50/013 wird wie vorgelegt beschlossen, nachdem einzelne Nachfragen durch Frau Bahlmann beantwortet wurden.

„Beschlussvorschlag:

- a. Für den Ortsteil Marienfelde der Gemeinde Strande wird für den anliegenden Geltungsbereich (s. anl. Skizze) eine Außenbereichssatzung nach § 35 Abs. 6 BauGB aufgestellt.
- b. Mit der Aufstellung der Außenbereichssatzung wird das Büro Bahlmann & Goebel aus Eckernförde beauftragt.
- c. Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wird nicht durchgeführt.
- d. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich
- e. Die mittel- und unmittelbaren Kosten für die Aufstellung der Außenbereichssatzung in der Höhe von 4.000,00 € brutto sind als überplanmäßige Ausgabe gemäß § 82 GO zu genehmigen.
Die Deckung erfolgt über die Rücklage bekanntzumachen.“

Stimmenverhältnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 16

Verschiedenes

GV Dr. Klink fragt an, ob nicht Sieger von Meisterschaften durch Anbringung einer Anerkennungsbanderole an die Ortseingangsschilder geehrt werden könnten.

GV Raguse gibt bekannt, dass er aus der Gemeinde verzieht und daher sein Amt aufgeben muss.